

Sitzungsniederschrift

9. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Sitzungsort: Kreisvolkshochschule Aurich, Oldersumer Straße 65 - 73, Raum 101, 26605 Aurich		
Sitzungsdatum: 14.03.2023	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:20 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Gossel, Arnold	CDU/FDP	
Mitglieder		
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Harms, Antje	SPD	
Harms, Uwe	CDU/FDP	Vertretung für Frau Saskia Buschmann
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	
Kleinert, Ingeborg	SPD	Vertretung für Herrn Alfred Jacobsen
Krüsmann, Enno	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	FW im Landkreis Aurich	
Ott, Gunnar	GRÜNE	Vertretung für Frau Gila Altmann
Stange, Axel	SPD	
Weiss, Edgar	FW im Landkreis Aurich	
Wimberg, Theo	SPD	
Verwaltung		
Flohr, Dagmar		Kreisrätin
Hanekamp, Nicole		stellvertr. Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung
Meinen, Olaf		Landrat
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung
Ubben, Elke		Protokollführerin

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Altmann, Gila	GRÜNE
---------------	-------

Buschmann, Saskia	CDU/FDP
-------------------	---------

Jacobsen, Alfred	SPD
------------------	-----

Grundmandat

Looden, Jan	AfD
-------------	-----

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|------|--|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 02.03.2023 |
| 5. | Einwohnerfragestunde |
| 6. | Anträge zum Haushaltsplan 2023 |
| 6.1. | Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft; Aufnahme verschiedener Haushaltsansätze im Haushaltsplan 2023
Vorlage: X-AF/2023/007 |
| 6.2. | Antrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2023; Tarifangleichung KVHS Norden
Vorlage: X-AF/2023/010 |
| 6.3. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.03.2023; 100-km-Radwegeplan: Aufnahme der Störtebekerstraße und der K226
Vorlage: X-AF/2023/011 |
| 6.4. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2023; Verwendung der Gewinne aus den Erlösen der Beteiligung an Windkraftanlagen für den sozialen Wohnungsbau
Vorlage: X-AF/2023/012 |
| 6.5. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2023; Erstellung einer Kostenbedarfsplanung zur energetischen Sanierung der Außenfassade des Kreishauses und Prüfung von Förderungsmöglichkeiten für Sanierungsfahrpläne
Vorlage: X-AF/2023/013 |
| 6.6. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2023; Deckelung für Aufwendungen von Sach- und Dienstleistungen auf 10 %
Vorlage: X-AF/2023/014 |
| 6.7. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2023; Schaffung von zwei Stellen für den Immissionsschutz und eine Stelle in der Hydrogeologie
Vorlage: X-AF/2023/015 |

- | | |
|-----|---|
| 7. | Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023
Vorlage: X/2023/026 |
| 8. | Verschiedenes, Wünsche und Anregungen |
| 9. | Einwohnerfragestunde |
| 10. | Schließung der Sitzung |
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 **Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel eröffnete um 15.00 Uhr die 9. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Gossel stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Ott vertrat die Abgeordnete Altmann, Abgeordnete Buschmann wurde durch den Abgeordneten Harms vertreten und die Abgeordnete Kleinert nahm in Vertretung für den Abgeordneten Jacobsen an der Sitzung teil.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Der Tagesordnungspunkt 6.7 - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2023; Schaffung von zwei Stellen für den Immissionsschutz und eine Stelle in der Hydrogeologie - wurde von der Tagesordnung genommen, da dieser Punkt bereits in der 13. Sitzung des Ausschusses für Personal, Organisation und Gleichstellung am 13.03.2023 beraten und abgelehnt wurde.

Die Tagesordnung wurde mit dieser Änderung festgestellt.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 02.03.2023**

Abgeordneter Meyerholz fragte zu den Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 7 - Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 einschließlich Stellungnahme der Verwaltung -, in Bezug auf die Prüfung des Verlustausgleichs der Pflege- und Betreuungszentren, ob das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Aurich tatsächlich nicht prüfungsberechtigt sei und bat um Benennung der entsprechenden Rechtsgrundlage.



Kreisrätin Flohr berichtete, dass gemäß § 158 Abs. 1 Satz 3 NKomVG das Rechnungsprüfungsamt nicht zur Prüfung befugt ist, wenn der Jahresabschluss von rechtlich selbständigen, privatrechtlichen Unternehmen, an denen eine Kommune beteiligt sei, aufgrund anderer Rechtsvorschriften erstellt wird. Für die Pflege- und Betreuungszentren GmbH gelte die Verordnung über die Rechnungs- und Buchführungspflichten der Pflegeeinrichtungen (Pflege-Buchführungsverordnung – PBV). Die Prüfung erfolge daher durch einen Wirtschaftsprüfer.

Die Niederschrift für die 8. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 02.03.2023 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 Anträge zum Haushaltsplan 2023

Vorsitzender Gossel berichtete, dass diverse Anträge zum Haushaltsplan 2023 spät bei der Verwaltung vorgelegt worden seien und bat, Anträge für künftige Haushaltspläne frühzeitig einzureichen, evtl. könne man einen Termin für die Antragseinreichung vereinbaren. So bliebe der Verwaltung mehr Zeit, auf die Anträge zu reagieren.

TOP 6.1 Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft; Aufnahme verschiedener Haushaltsansätze im Haushaltsplan 2023 **Vorlage: X-AF/2023/007**

Abgeordneter Weiss sagte, dass es sich um drei Einzelanträge handeln würde und bat um drei Abstimmungen. Er erläuterte die einzelnen Anträge.

Zu 1.: Investitionszuwendung Denkmalschutz und -pflege

Frau Saathoff berichtete, dass im Amt für Bauordnung, Planung und Naturschutz jährlich 300.000 € zur Verfügung gestellt werden würden, Haushaltsreste würden übertragen werden. Die zu fördernde Summe würde über einen Zuwendungsbescheid bewilligt, die Auszahlung erfolge nach Beendigung der Maßnahme und nach Prüfung des Verwendungsnachweises. Nach aktuellem Stand seien jahresübergreifend bisher ca. 340.000 € ausgezahlt sowie ca. 780.000 € bewilligt worden. Aktuell stünden noch Haushaltsreste in Höhe von etwa 380.000 € zur Verfügung.

Landrat Meinen erläuterte, dass die derzeitigen Rahmenbedingungen für erhebliche Investitionen im Bereich des Denkmalschutzes nicht optimal seien (u. a. Inflation, Zins-



anstieg). Die maximale Fördersumme sei auf 60.000 € festgelegt. Die vorhandenen Haushaltsmittel seien in 2023 ausreichend.

*Nach den Erläuterungen verzichtete **Abgeordneter Weiss** als Antragssteller auf eine Abstimmung des Antrags auf Erhöhung des Ansatzes für die Investitionszuwendung Denkmalschutz und –pflege.*

Zu 2.: Produkt 411-01 Krankenhaus, Stipendien

Abgeordneter Meyerholz erläuterte, dass die Erhöhung des Etats für Studierende, die sich verpflichten, nach dem Studium in Praxen oder den Kliniken im Landkreis Aurich tätig zu sein, eine Investition in die Zukunft und in die Ärzteversorgung sei. Für die Möglichkeit eines Zuschusses solle mehr Werbung gemacht werden.

Landrat Meinen berichtete, dass kurzfristig Gespräche mit der Klinikleitung geführt werden würden, er fachliche und inhaltliche Anregungen mitnehmen würde, den Gesprächen jedoch nicht vorgreifen könne. Daher bat er um Weiterleitung des Antrags in die nächste Sitzung des Kreisausschusses.

Abgeordnete Harm-Rehrmann legte dar, dass aus ihrer Sicht die Höhe des Etats und die Anzahl der geförderten Studierenden nur gemeinsam mit den Kliniken festgelegt werden könne.

Abgeordneter Wimberg nahm für seine Fraktion den Antrag positiv zur Kenntnis, eine Grundlage sei vorhanden und schloss sich der Bitte von **Landrat Meinen** zur Verschiebung des Antrags in den Kreisausschuss an.

Landrat Meinen sagte einen Bericht über die Ergebnisse der Gespräche für die nächste Sitzung des Kreisausschusses am 22. März 2023 zu.

Es bestand Einvernehmen, die Gespräche des Landrates mit der Klinikleitung abzuwarten und den Antrag ohne Beschlussempfehlung dieses Ausschusses an die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Zu 3. Produkt 542-01 Kreisstraßen, Unterhaltung K 105

Frau Saathoff berichtete, dass im Amt für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche das Unterhaltungsprogramm an Kreisstraßen für die Jahre 2023 und 2024 vorbehaltlich kurzfristig notwendiger Änderungen feststehe. Eine Instandsetzung der K 105 (Neuer Weg, Wiesmoor) sei darin nicht enthalten, aufgrund von regelmäßig stattfindenden Streckenkontrollen werde seitens des Fachamtes kein dringender Handlungsbedarf gesehen.

Abgeordneter Jelken bat um Berücksichtigung, dass die Abgeordneten des Kreistages für den ganzen Landkreis entscheiden würden. Einzelne Kreisstraßen hervorzuheben und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen zu beraten, sei schwierig, er wisse die Fachleute hierfür im Amt für Kreisstraßen und sagte, man möge die Vorstellung des Unterhaltungsprogramms durch das Amt im Fachausschuss abwarten.

Es bestand Einvernehmen, dass aufgrund des Abwartens auf die Vorstellung des Unterhaltungsprogramms im Fachausschuss eine Abstimmung in diesem Ausschuss nicht erforderlich ist.



TOP 6.2 **Antrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2023; Tarifangleichung KVHS Norden**
Vorlage: X-AF/2023/010

Abgeordnete Harm-Rehrmann erläuterte den Antrag.

Frau Saathoff berichtete, dass der Ansatz für die Tarifannäherung bei der KVHS Norden gGmbH im Haushaltsjahr 2023 725.000 € betrage.

Landrat Meinen teilte mit, dass er der **Kreisrätin Frau Flohr** den Auftrag zur Prüfung der Tarifangleichung für die Einrichtungen des Landkreises Aurich erteilt habe. Das Ergebnis bleibe abzuwarten.

Die Verwaltung wird beauftragt zu ermitteln, wie hoch die Kosten einer Tarifangleichung sind und in welcher Zeitschiene eine vollständige Angleichung der Löhne für die Mitarbeitenden der kreiseigenen Einrichtungen abgeschlossen sein kann.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 6.3 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.03.2023; 100-km-Radwegeplan: Aufnahme der Störtebekerstraße und der K226**
Vorlage: X-AF/2023/011

Abgeordneter Ott erläuterte den Antrag.

Abgeordnete Harm-Rehrmann zeigte auf, dass die Störtebekerstraße eine Landesstraße (L 5) und der Landkreis Aurich hier somit nicht zuständig sei.

Vorsitzender Gossel erläuterte, dass der 100-km-Radwegeplan fast abgeschlossen sei.

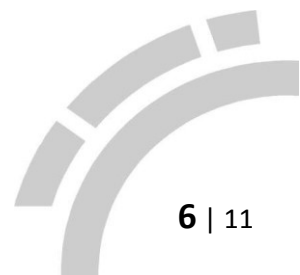
Frau Saathoff ergänzte, dass das Amt für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche an der Entwicklung eines Radwege-Folgeprogramms arbeiten würde. Dieser würde nach Erstellung im Fachausschuss vorgestellt werden.

Die Vorstellung des Radwege-Folgeprogramms im Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz ist abzuwarten.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 6.4 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2023; Ver-**



wendung der Gewinne aus den Erlösen der Beteiligung an Windkraftanlagen für den sozialen Wohnungsbau
Vorlage: X-AF/2023/012

Abgeordneter Ott erläuterte den Antrag.

Landrat Meinen berichtete, dass der Landkreis Aurich ein Wohnraumversorgungskonzept in Auftrag gegeben habe. Dieses Wohnraumversorgungskonzept solle einen Instrumentenkasten entwickeln, wie mit dem Thema sozialer Wohnungsbau umgegangen werden solle. Die Mittel, die aus den Gewinnen der Wirtschaftsförderung Landkreis Aurich GmbH zur Verfügung stünden, seien zu bescheiden, um tätig werden zu können.

Das Land Niedersachsen habe Haushaltsmittel eingestellt, um eine Landeswohnungsbaugesellschaft zu entwickeln. **Landrat Meinen** empfahl hier eine Zusammenarbeit des Landes Niedersachsen mit der Niedersächsischen Landgesellschaft (NLG), in der viele Städte und Gemeinden aktiv seien. Die Zuständigkeit für den sozialen Wohnungsbau sehe er daher nicht beim Landkreis Aurich.

Die Gewinne aus den Erlösen der Beteiligung an Windkraftanlagen sollen für den sozialen Wohnungsbau verwendet werden.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 2 Nein-Stimmen: 9 Enthaltungen: 2
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 6.5 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2023; Erstellung einer Kostenbedarfsplanung zur energetischen Sanierung der Außenfassade des Kreishauses und Prüfung von Fördermöglichkeiten für Sanierungsfahrpläne**
Vorlage: X-AF/2023/013

Abgeordneter Ott erläuterte den Antrag.

Frau Saathoff teilte mit, dass das Technische Gebäudemanagement bereits vor einiger Zeit eine Kostenermittlung vorgenommen habe mit dem Ergebnis, dass eine Sanierung der Außenfassade des Kreishauses in Aurich mindestens 12.000.000 € kosten würde. Diese Haushaltsmittel stünden derzeit für ein solches Projekt nicht zur Verfügung.

Landrat Meinen berichtete, dass die Verwaltung bereits erste Kostenermittlungen für die energetische Sanierung kreiseigener Liegenschaften beauftragt habe, um eine Prioritätenliste zur energetischen Sanierung zu erstellen und man hier nicht für eine Maßnahme vorgeifen solle.

Abgeordneter Meyerholz erkundigte sich, ob der Landkreis Aurich Fördermöglichkeiten prüfen würde.

Landrat Meinen antwortete, dass selbstverständlich Fördermöglichkeiten geprüft würden. Die Förderprogramme seien derzeit eher an Schulgebäude oder Sportstätten gerichtet. Im Rahmen der Energiekrise sei jedoch denkbar, dass in den kommenden



Jahren auch Förderprogramme für Kreishäuser und andere Verwaltungsgebäude entwickelt werden würden.

Nach den Ausführungen von Landrat Meinen bat **Abgeordneter Ott**, den vorliegenden Antrag zu Nr. 1 "Erstellung einer Kostenbedarfsplanung zur energetischen Sanierung der Außenfassade des Kreishauses" zurückzustellen und stellte zu Nr. 2 folgenden geänderten Antrag zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen die Fördermöglichkeiten hinsichtlich energetischer Sanierungen vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 6.6 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2023; Deckelung für Aufwendungen von Sach- und Dienstleistungen auf 10 %**
Vorlage: X-AF/2023/014

Abgeordneter Ott erläuterte den Antrag.

Abgeordneter Bargmann verwies auf die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen vom 02.03.2023 und zeigte auf, dass für seine Fraktion die Steigerung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 21,5 % vom Haushaltsjahr 2022 zum Haushaltsjahr 2023 zu hoch seien. Er stellte einen Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und schlug eine Reduzierung des Ansatzes für die Aufwendungen der Sach- und Dienstleistungen um 5 % vor, was eine Ersparnis von 1,4 Mio. € bedeuten würde.

Frau Saathoff berichtete, dass zum Großteil Aufwendungen für Schulen und Werkstätten aus diesem Etat bestritten werden würden, insbesondere für die bauliche Unterhaltung und die Bewirtschaftung, z. B. das Gas zum Heizen. Eine pauschale Kürzung sei schwierig umzusetzen, ggfls. müsste die Politik beschließen, welche größere Unterhaltungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden sollen.

Abgeordneter Meyerholz erklärte, dass in Folge der Energiekrise die Bevölkerung aufgefordert wurde, 20% an Gas einzusparen und erkundigte sich, ob der Landkreis Aurich dieses Sparziel erreicht habe.

Landrat Meinen antwortete, dass eine Summe an Einsparungen nicht benannt werden könne, das Ablesen und die Endabrechnung der einzelnen Entnahmestellen an den kreiseigenen Liegenschaften noch nicht abgeschlossen seien. Der Landkreis Aurich habe auf die Einhaltung der vom Bund vorgeschriebenen Temperatur von maximal 19°C in Büroräumen geachtet.

Der Haushaltsansatz für die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist um 10 % (entspricht ca. 2,8 Mio. €) zu kürzen.



Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 1 Nein-Stimmen: 12 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

Vorsitzender Gossel bat sodann um Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit einer Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleitungen gegenüber der Haushaltsplanung um 5%.

Der Haushaltsansatz für die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist um 5 % (entspricht ca. 1,4 Mio. €) zu kürzen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich beschlossen**

Nach der Abstimmung für die Annahme des Änderungsantrags der CDU-Fraktion bezog sich **Frau Saathoff** auf das Haushaltssicherungskonzept. In Absprache mit der Kommunalaufsicht des Nds. Innenministeriums schlug sie vor, eine Ergänzung zur Einsparung bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen vorzunehmen und künftig in den vierteljährlichen Budgetberichten hierzu Stellung zu nehmen.

Diesem Vorschlag folgten die Abgeordneten des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen.

TOP 6.7 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2023; Schaffung von zwei Stellen für den Immissionsschutz und eine Stelle in der Hydrogeologie**
Vorlage: X-AF/2023/015

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung genommen.

TOP 7 **Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023**
Vorlage: X/2023/026

Das Haushaltssicherungskonzept wird um die unter Tagesordnungspunkt 6.6 erläuterten Änderungen ergänzt.

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2023 einschließlich des Investitionsprogrammes für die Haushaltsjahre 2023 bis 2026 wird in der vorgelegten Form beschlossen. Die wesentlichen Produkte werden in der vorgelegten Form festgelegt. Die Finanzplanungsdaten für den Zeitraum bis 2026 werden zur Kenntnis

genommen. Dem Stellenplan des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2023 wird zugestimmt.

Das Haushaltssicherungskonzept 2023 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 2
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 8 Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

Unterjährige Berichte Beteiligungen:

Abgeordneter Meyerholz bat, künftig die unterjährigen Berichte der Beteiligungen entsprechend der Beteiligungsrichtlinie im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen vorzulegen.

Kreisrätin Flohr teilte mit, dass die unterjährigen Beteiligungsberichte bisher im Kreis-ausschuss vorgestellt wurden und über Session-Net abrufbar seien. Künftig sollen die Berichte im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen behandelt werden.

Tilgung von Darlehen:

Abgeordneter Meyerholz verwies auf die vorzeitige Tilgung von langfristigen Darlehen in Höhe von ca. 12,5 Mio. € im Haushaltsjahr 2022 und erkundigte sich, ob hierfür ein Beschluss des Kreistages eingeholt worden sei.

Frau Saathoff berichtete, dass Darlehen im Jahr 2022 nach Ablauf der Zinsbindungsfrist zur Umschuldung angestanden hätten. Die Umschuldungen seien nicht vorgenommen worden, sondern die Darlehen seien zurückgezahlt worden in Form von Sondertilgungen. Ein Beschluss des Kreistages wurde hier nicht eingeholt.

Kreisrätin Flohr verwies zur Verdeutlichung der Angaben zu Tilgungen und Umschuldungen auf den Vorbericht zum Haushaltsplan des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2023, Seite 38/39.

Dank für Zusammenarbeit:

Vorsitzender Gossel bedankte sich zum Ende der Sitzung bei der Kämmerin Frau Saathoff für die langjährige gute Zusammenarbeit und wünschte ihr im Namen der Abgeordneten des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen alles Gute für den Ruhestand.

TOP 9 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 10 Schließung der Sitzung



Vorsitzender Gossel schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmenden um 16.20 Uhr.

gez. Gossel
Vorsitzender

gez. Ubben
Protokollführerin

